

Pakistan am Abgrund

Religiöser Extremismus als faktische Staatsdoktrin

Rahim Nasar

Nicht immer beherrschten religiös fanatische Züge Pakistans Kultur, Politik und Gesellschaft. Erst das von General Muhammad Zia-ul-Haq verhängte Kriegsrecht von 1977 bis 1988 und seine *Hudud*-Verordnungen strukturierten den Staat Pakistan als öffentlichen Resonanzboden für religiöse Einflussnahme. Die pakistanische Gesellschaft verwandelte sich in eine Bastion fundamentalistischer Doktrin, in der ein friedliches Zusammenleben jenseits des *Jihad*-Denkens kaum vorstellbar geworden ist.

Nach dem Regime Zia-ul-Haq folgte ein nächster Fingerzeig zur politisch-ideologischen Richtungsangabe, wenn gleich zunächst außerhalb Pakistans. Die Fatwa von Irans Ayatollah Ruhollah Khomeini gegen Salman Rushdie und dessen Veröfentlichung der „Satanischen Verse“ 1988 verhalf dem gezielten Töten von Dissidenten zur staatlichen Weihe. In Pakistan wurden die Blasphemiegesetze geändert, die Angehörige der Ahmadiyya, Christen oder auch Sufis der staatlichen wie privaten Willkür preisgaben. Mit einer Fatwa werden in Pakistan inzwischen auch Richter des Obersten Gerichtshofs bedroht. So der Oberste Richter, der 2018 die Freilassung von Asia Bibi entschied.

Auf dem Weg zum extremistischen Staat?

Allerdings hat die Willfährigkeit bigotter Politiker den Einfluss der Islamisten wachsen lassen. Die Politiker hofften, von der emotionalen Wucht der Religion zu profitieren. Auch Topmanager in der Verwaltung bedienen sich der religiösen Macht, um institutionelle Vorteile durchzusetzen. Das Ergebnis ist ein Staat, der nach ethnischen, kulturellen, sprachlichen, sektiererischen und provinziellen Kriterien und Grenzen geteilt ist.

Es ist heutzutage allerdings nicht so eindeutig, wer wen in diesem Spiel in-

strumentalisieren kann. Nach außen scheint es, dass die zivil-militärische Führung des Landes islamische Überzeugungen und Prinzipien für ihre Interessen und Politik einsetzt. Die Autorität der religiösen Fundamentalisten in der nationalen Politik zeigte sich jedoch umgekehrt etwa im Protest gegen eine Textänderung in Bezug auf die Prophetenschaft im Wahlgesetz: Im November 2017 belagerte die *Tehreek-e-Labaik Pakistan*-Gruppe (TLP) über zwei Wochen ganze Städte wie Islamabad und Rawalpindi (Heft 4/2018 SÜDASIEN, Anm. der Red.). Das militärische Establishment schwieg, der damalige Oppositionsführer Imran Khan übermittelte den Demonstranten öffentlich seine besten Wünsche.

Nicht eindeutig kann auch vom totalen Versagen des Staates gesprochen werden. Pakistan gilt als islamischer Wohlfahrtsstaat, betreibt eine Mullah-zentrierte Politik mit Zustimmung zumindest der großen Mehrheit der ländlichen Bevölkerung und nimmt international eine Sprecherrolle beim Staatenbund der Organisation islamischer Zusammenarbeit (OIC) ein. Der religiöse Bezug ist also in das Staatsverständnis eingewoben.

Wege aus der religiös-konnotierten Zwangsjacke

Einfach gestrickte Perspektiven gibt es nicht. Und es gibt sie ja noch, die

Toleranz gegenüber Andersgläubigen, auch bei Muslimen. Ebenso das Interesse staatlicher Behörden und Institutionen, eine sachlich gute Dienstleistung anbieten und dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit folgen zu wollen. Grundsätzlich gewährt auch die Verfassung weiterhin normative Garantien.

Die rechtsstaatliche Stabilisierung des Staates bedeutet, denjenigen keine bequeme Nische mehr zu gewähren, die etwa Gerichtsurteile herausfordern, indem sie Straßen blockieren und Fatwas erlassen. Diese Art von Einschüchterung und Bevormundung muss beendet werden. Wer ein liberales und tolerantes Pakistan will, muss sich aktiv gegen den Dogmatismus engagieren.

Aus dem Englischen übersetzt und bearbeitet von Theodor Rathgeber

Zum Autor



Rahim Nasar ist Journalist und schreibt zu internationaler Politik und regionaler Sicherheit.

Literaturhinweis

Die Originalversion erschien am 27. November 2019 beim Nachrichtendienst Asia Times unter dem Titel *Pakistan must tackle religious extremism*.